

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 49=69 (1903)

Heft: 42

Artikel: Unsere Sozialdemokraten und unser Militärwesen

Autor: U.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-97917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung.

Organ der schweizerischen Armee.

XLIX. Jahrgang. Der Schweizerischen Militärzeitschrift LXIX. Jahrgang.

Nr. 42.

Basel, 17. Oktober.

1903.

Erscheint wöchentlich. Preis per Semester franko durch die Schweiz Fr. 4. Bestellungen direkt an „Benno Schwabe, Verlagsbuchhandlung in Basel“. Im Auslande nehmen alle Postbureaux und Buchhandlungen Bestellungen an.
Verantwortlicher Redaktor: Oberst U. Wille, Meilen.

Inhalt: Unsere Sozialdemokraten und unser Militärwesen. — Der heutige Stand der türkischen Armee Makedonien gegenüber. (Schluss.) — Eidgenossenschaft: Konferenz der Armeekorps- und Divisionskommandanten. — Ausland: England: Truppenausbildung. Beilage: England: Sonntagsübungen der Volunteers. Frankreich: Eine sehr bemerkenswerte Manöverkritik. Vereinigte Staaten von Nordamerika: Neues Milizgesetz.

Unsere Sozialdemokraten und unser Militärwesen.

Auf dem Parteitage der Sozialisten am 4. Oktober in Olten bildete die Besprechung unseres Militärwesens und Aufstellung von Resolutionen hierüber das bedeutsamste Traktandum.

Schon vor Jahren habe ich mein Vertrauen in die sozialpolitische Reife der Sozialisten bekundet. Es geschah dies ebenso sehr, als ich der Schrift „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr?“ des Herrn Bebel entgegenzutreten versuchte (Zeitschrift für Sozialwissenschaft I. Band, 10. Heft 1898), wie später, als ich die Sozialisten gegen den Herrn von Bloch in Schutz nahm, welcher unter seinen Argumenten gegen den Krieg auch das Schreckgespenst aufstellte, die für einen äusseren Krieg bewaffneten sozialistischen Massen würden die Waffen nicht wieder hergeben, sondern verwenden für die soziale Revolution. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft II. Band, 5. Heft 1899.)

Meine Ansicht über die Sozialdemokratie geht dahin, dass sie keine sozialrevolutionäre Partei mehr sein will und auch nicht mehr sein kann, dass sie dank ihrem Emporwachsen zu einem nützlichen, notwendigen Faktor in der sozialen Entwicklung der Staaten geworden ist. Nur durch ihr Anwachsen konnten, mussten aber auch, ihre Bestrebungen und Forderungen jenen Charakter annehmen, welcher allein befähigt ist, das Ausführbare und Vernünftige ihres Programmes so rasch, wie möglich ist, zu verwirklichen. Heutzutage kann die Sozialdemokratie sich selbst nur dann als dem Staat und der Gesellschaft gefährlich erachten und dementsprechend han-

deln, wenn man sie für gefährlich erachtet. Sie hat die plumpen Kinderschuhe der Umsturzpartei ausgezogen und zieht sie nur dann wieder hervor und sucht in Unvernunft mit ihnen Kultur und stetigen Fortschritt niederzutreten, wenn man ihr dies als ihr Wesen suggeriert.

Dass aber sozialistische Denkweise der staatlichen Ordnung und der stetigen Kulturentwicklung wirklich gefährlich wird, das kann durch kein Parteiprogramm, durch keine Ideen, durch kein Erhitzen der Köpfe bewirkt werden. Nicht die durch Darlegungen und Aufreizen erweckten Wünsche und Hoffnungen auf bessere Lebensbedingungen, schaffen wirkliche und den Staat erschütternde soziale Revolution, sondern allein die wirkliche tatsächliche Unerträglichkeit der sozialen Lage. Nur wenn sie aus dieser nicht herauskommen, sind die aufreizenden und den Klassenhass erregenden Reden die Lunte am wirklichen Pulverfass. Solche Zustände, wie beispielsweise in Frankreich der grossen Revolution vorausgingen, sind in unseren Kulturländern heute unmöglich, weil durch die Vermehrung der Kultur und durch die Vermehrung des Reichtums unserer Epoche gar keine andere Klasse der Gesellschaft auch nur im Entferntesten gleich grosse Entwicklung zu besseren Lebensbedingungen gemacht hat. Das ist die grösste und schönste Errungenschaft unserer Zeit, in ihr liegt aber auch die Ungefährlichkeit von Ideen.

Wohl verfügt die Sozialdemokratie zur Stunde noch über das ganze Arsenal der Kraftworte, die sich unter dem Sammelbegriff: Klassenhass und Umsturz der verfaulten Gesellschaft zusammenfassen lassen und die ihr zu ihrer Zeit so notwendig waren, um die Massen in Bewegung

zu bringen, so die Partei zu gründen und ihr Heranwachsen sicherzustellen. Sie braucht sie auch jetzt noch kräftig, weil ein Teil ihrer Führer an sie so gewöhnt sind, dass sie sie nicht lassen können, und andere in dem Wahne befangen sind, sie seien notwendig, um das ungebildete Volk bei der Fahne zu erhalten. Im übrigen aber auch werden diese den Bourgeois so beängstigenden groben Schlagworte wohl nie aus dem Rüstzeug der Partei verschwinden, denn in dem Wesen dieser Partei liegt es, dass sich verhältnismässig viel Idealisten in ihr vorfinden und dass sich bei ihr einfinden alle diejenigen, welche glauben, dass ihnen persönlich der Platz an der Sonne verschlossen sei, der ihnen gebührt — alle diese können niemals auf die grossen Worte verzichten. Notwendig aber für die Partei sind sie heute nicht mehr und ihre Wirkung auf die Parteigenossen haben sie nicht mehr wie ehemals. Das ist die Folge der heutigen sozialen Stellung des Arbeiters, seiner mit dieser zusammenhängenden Bildung und Einsicht, seines Selbstgefühls. Wohl gibt es noch Armut und Elend genug in der Welt, das zu vermindern ist, wohl wird sich die soziale Stellung der Arbeiter weiter noch heben, aber sie ist schon derart, dass er nicht mehr die Bezeichnung Proletarier verdient und es ein Irrtum ist, wenn Führer glauben, sie könnten und müssten mit dieser Benennung und mit der Anfeuerung zum Klassenhass die Genossen bei der Fahne erhalten. Das Ausscheiden der Anarchisten, d. h. die Trennung derjenigen, welche das Unmögliche des ursprünglichen Parteiprogramms mit Gewalt erreichen wollen, von den andern, welche darüber sicher sind, das Mögliche auf langsamem Wege erreichen zu können, ist vollgültiger Beweis hiefür und die Kämpfe auf dem Sozialistentag in Dresden und die ganze Krisis in der deutschen sozialistischen Partei nach ihrem Wahlsieg ist für mich nichts anderes als das letzte Ringen der Herrschaft durch grosse Worte gegen die Befreiung von ihnen.

Wie weit an dieser Entwicklung der Arbeiterbevölkerung der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung und die Fürsorge des Bourgeoisstaates für Gesundheit und Bildung der niedern Klassen und das früher nie gekannte Solidaritätsgefühl der besser situierten Klassen mit den andern beigegeben hat, soll unerörtert bleiben; gerne sei angenommen, dass ohne Fordern und Treiben der sozialdemokratischen Partei, ohne ihr bedrohliches Wachsen nichts geschehen wäre. — Für mich genügt die Tatsache, dass dem so ist.

Die das Militärwesen betreffenden Resolutionen unserer Sozialisten auf ihrem Parteitag in Olten sind vollgültiger Beweis für die Richtigkeit meiner Anschauungen über die erreichte Reife der Partei.

Das Wesentliche dieser Beschlüsse ist die rückhaltlose Anerkennung des Satzes, dass sich mit den Zielen und Bestrebungen der sozialistischen Partei der Begriff Vaterland und Vaterlandsiebe wohl vereinen lasse; dass wenn dieser Begriff zu seiner Erhaltung den Krieg erfordere, auch der ungeschwächte prinzipielle Abscheu sozialistischer Denkweise gegen den Krieg nicht verhindern dürfe, dem Staat die Kraft zu geben, um den Krieg unternehmen zu können und selbst dafür die Waffen zu führen. Obgleich es zu den Grundprinzipien, nicht zu den blossen grossen Schlagworten der Sozialisten gehört, mit der Änderung der Gesellschaftsordnung vor allem auf Abschaffung des Militärs hinzuarbeiten, erkennen sie seine Notwendigkeit für heute und erklären ihre Zustimmung zu alledem, was notwendig ist, damit das Heer seiner Aufgabe gewachsen sei und kein Widerspruch wird dagegen erhoben, dass die Tüchtigkeit des Heeres vor allem in der Disziplin der Truppe und in der berufsmässigen Sachkunde der Führer beruht. Dass diese Resolution noch mit einigen weiteren Resolutionen garniert war, welche den sozialistischen Schlagworten ihr Dasein verdanken, kommt gar nicht in Betracht gegen die innere Bedeutung der Bereitwilligkeitserklärung zuzustimmen, dass wir ein Heer bekommen so gut und wohl-diszipliniert, wie zu erschaffen möglich ist. Es kommt jetzt nur darauf an, dass die Reorganisation unseres Wehrwesens sich das Vertrauen zu erwerben weiss, dass dies Ziel erreicht werden kann, dann ist störende oder verhindernde Wirkung von keiner der Begleitresolutionen zu fürchten. Überhaupt, es sei offen gesagt, sehe ich in keiner von ihnen mehr oder anderes, als eine weise Konzession an jene Genossen, die sich noch nicht ganz aus dem Banne der alten Schlagworte theoretischer Gesinnungstreue befreien können und daher der grossen Resolution, die der Partei Ehre machte, nicht ohne einige Einschnürung des „Militarismus“ zustimmen konnten.

Unter diesen Resolutionen erscheint als die gefährlichste das Postulat, dass das Militärwesen nicht mehr als 20 Millionen per Jahr im ordentlichen Budget kosten dürfe. Ich fürchte sie nicht. Soweit mit diesem Postulat gesagt werden will, es muss vorgesorgt werden, dass das Militärwesen durch möglichst häuslicherische Verwaltung nicht mehr kostet, als wie seine Tüchtigkeit unbedingt erfordert, erachte ich dasselbe sogar der Tüchtigkeit des Militärwesens förderlich. — In meinem Buche — Skizze einer Wehrverfassung, Seite 195 — habe ich schon im Jahre 1899 dies ausgesprochen. Ich habe dort wörtlich gesagt:

„Es ist kein Glück für Erschaffung eines Wehrwesens, wenn man nicht zu äusserster

„Sparsamkeit gezwungen ist, sondern sich um die Kosten nicht zu kümmern braucht. Die „Geschichte der Neuzeit liefert hiefür die „schlagendsten Belege.“

Und diesem vorausgehend habe ich gesagt:

„Es darf als positiv feststehend hingestellt werden, dass bei einer Dezentralisation der „Militärfinanzverwaltung, bei Schaffung von „Selbständigkeit und Verantwortlichkeit, bedeutende Summen gegenüber jetzt erspart werden könnten und dabei doch die Mittel „vorhanden wären, um in vielen bedeutsamen „Dingen weniger durch die Frage der Kosten „beengt zu sein. — Grösste Genauigkeit und „Sparsamkeit in der Militärfinanzverwaltung „ist nicht allein geboten durch die allgemeinen „Interessen des Staates, sondern auch durch „das ureigene Interesse der Armee. Eine „Truppe, bei deren Führung und Verwaltung „irgendwelche Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit herrscht, wird niemals vollkommen kriegszuverlässig erzogen werden; mag auch die „Ausbildung vom befähigten Manne und nach „den vortrefflichsten Grundsätzen gemacht „sein, irgendwo wird doch die Liederlichkeit „als schlimme Eiterbeule hervortreten.“

Aber nicht allein durch die aus der Väter Zeiten im Prinzip überkommene und dann noch durch Anwendung unrichtiger Mittel zur Vorbeugung von Missbräuchen weiter entwickelte Zentralisation der Militärverwaltung *) ist diese gegenwärtig teurer, als unumgänglich notwendig wäre; auch die reichlich vorhandenen Mittel der Bundesverwaltung in den letzten zwei Dezennien des verflossenen Jahrhunderts haben dies nach vorausgegangener zu grosser Sparperiode gefördert.

Wenn daher ein derartiges Postulat die Veranlassung zu Änderung in dem Verwaltungungsverfahren geben würde, könnte es nach meiner Ansicht heilsam wirken.

Man kann auch nichts dagegen sagen, wenn dasselbe als Aufstellung des Prinzipes gelten soll, dass durch die Militärausgaben die andern Aufgaben des Staates nicht verkürzt werden dürfen. — Aber dieses ist bis jetzt nicht der Fall, im Gegenteil, der Bund verteilt an milden Gaben zur Unterstützung der verschiedenartigsten Bestrebungen soviel und baut so luxuriöse Paläste, wie sich nur ein recht reicher Mann, der für das Notwendige übergengug hat, erlauben darf. Aber auch, wenn im Interesse der andern Aufgaben des Staates das Militärbudget begrenzt werden müsste, so dürfte das Postulat doch nie-

mals die Summe fixieren, welche das Militärwesen kosten soll oder darf; es dürfte in diesem Fall nur den Bruchteil der Staatseinnahmen festsetzen, welcher für die Wehrkraft verwendet werden kann. Dann nur lautet es richtig und darf in Erwägung gezogen werden, denn wenn das Staatswesen gesund sein soll, d. h. wenn man das Vaterland sich erhalten will, dann sind alle Aufgaben des Staates in guten wie in schlechten Tagen gleichberechtigt, das bedarf für den überlegenden Menschen keines Wortes der Begründung.

Im weiteren aber beruht diese Fixierung des Militärbudgets auf 20 Millionen nicht auf einer sorgfältigen Berechnung dessen, was notwendig ist, um ein kriegsgenügendes Wehrwesen zu erhalten und ebenso auch nicht auf sorgfältiger Berechnung dessen, was der Staat für sein Wehrwesen leisten kann, ohne seine anderen Aufgaben zu gefährden, es ist eine willkürlich festgesetzte Summe. Darin liegt für den denkenden Menschen die Unmöglichkeit der Zustimmung. Die Sozialisten haben auf ihrem Kongress in Olten mit Nachdruck wiederholt den Satz aufgestellt, sie wollten kein Schein-Wehrwesen, sondern eines, das wirklich seiner hohen Aufgabe gewachsen ist; durch mehrere ihrer Thesen für ein neues Gesetz haben sie bewiesen, dass sie wissen, worauf es hiefür ankommt und dass sie es ehrlich wollen; darin liegt implicite ausgesprochen, dass sie auch dem zustimmen, was dafür erforderlich ist. Deswegen braucht man sich auch nicht darum zu sorgen, dass sie jetzt die Kosten auf 20 Millionen normieren. Ob diese Summe genüge, ist im gegenwärtigen Momente gänzlich zwecklos zu untersuchen. Denn wenn es nicht zutrifft, so bedarf es im Moment, wo es darauf ankommt, nur des Vertrauens verdienenden Beweises, dass das von ihnen selbst geforderte kriegstüchtige Wehrwesen mit dieser Summe nicht geleistet werden kann und sofort werden sie das Mehr, ihrem eigenen Willen getreu, bewilligen.

Es sei noch nebensächlich erwähnt, wie in dieser Festsetzung einer Pauschalsumme für das Militärwesen ein direktes Entgegenhandeln gegen die Prinzipien der Volksherrschaft und gegen den eigentlichen Zweck dieser Festsetzung liegt. Der Wunsch, mehr Geld für die wirtschaftlichen Aufgaben des Staates zu erhalten, spielt natürlich dabei seine Rolle, aber der hauptsächlich dazu treibende Gedanke lag doch in der Herrschaft des Partei-Schlagwortes: „Einschnürung des Militarismus“. Dasjenige aber, was mit dem Schlagwort gemeint ist und was von jedermann, mag er Sozialist sein oder nicht, im Interesse des Staates wie des Militärwesens eingedämmt werden muss, hat gar nichts damit zu schaffen, ob man dem Militärwesen genug oder zu wenig

*) Kein Abteilungschef hat gegenwärtig Kompetenz über 500 Franken; wie wenig das nützt, um Inkorrektheiten vorzubeugen, hat das dieses Frühjahr zutage Getretene bewiesen.

Geld für Lösung seiner Aufgabe bewilligt. Das fühlt sich am wohlsten dabei und kann am ehesten sich ausbreiten, wenn es durch Festsetzung einer Pauschalsumme jeder staatlichen Kontrolle entrückt wird und einen Staat im Staat bilden kann. Ist diese Summe ungenügend, so werden einfach die Aufgaben schlecht oder gar nicht gelöst, der „Militarismus“ selbst aber wird gar nicht davon berührt, im Gegenteil, es dürfte die Behauptung gewagt werden, in Verhältnissen, in denen er nicht leisten kann, was er soll, gedeihen seine Auswüchse am besten! Dafür liefern die zentralamerikanischen Republiken und andere ähnliche unreife oder überreife Staatswesen den vollgültigen Beweis.

Nur unter ausgeglichenen Verhältnissen, wo jedem Individuum und jeder Staatsaufgabe ihr volles Recht, ihr ganzer Anteil in Ansprüchen und Entsagungen gesichert ist, gedeiht das Individuum, die menschliche Gesellschaft und der Staat.

Noch zwei Nebenpostulate des Oltener Parteitages seien hier erwähnt, weil sie gerade der Ausfluss noch scheinbar ungeschwächt wirkender Schlagworte sind und am deutlichsten zeigen, wie sich die Partei stetig aus diesem Banne losringt. Früher gehörte es zu den fundamentalen Glaubenssätzen der Partei, dass die militärischen Vorgesetzten von ihren Untergebenen gewählt werden müssten, das gehöre zum Begriff Volksheer, nur auf diese Art seien die den Menschen entwürdigenden Auswüchse des Militarismus zu bekämpfen. Summarische Lynchjustiz würde den Genossen gesteinigt haben, der in nüchterner Vernunft gewagt hätte, diesen Fundamentalsatz sozialdemokratischer Rechtgläubiger anzutasten. Auf der Oltener Versammlung wurde nicht bloss ausgesprochen, dass solche Ansicht ein Unsinn sei, sondern diesem auch vom Kongress zugestimmt, indem solche Forderung nicht in das Programm für eine neue Militär-Organisation aufgenommen und sogar noch weiter gegangen wurde, durch Aufstellung der Forderung, dass die obersten Führer der Armee Offiziere von Beruf sein müssten. Dies ist das entscheidendste Zeichen für die Reife der Anschauungen und der Bestrebungen unserer sozialistischen Partei. Darin liegt mehr noch als in der Anerkennung der Notwendigkeit des Heerwesens im jetzigen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung die Bereitwilligkeit, das dafür Geeignete zu wollen; es sagt, dass, wenn man den Zweck will, man auch die dafür geeigneten Mittel ergreifen muss, auch wenn solche dem eigenen theoretischen Denken entgegengehen. So haben sich die Sozialisten in Olten den alten Parteien überlegen gezeigt, diese geben die theoretischen Schlagworte, welche als die Grundsäulen der Partei angesehen

werden, nicht so leicht auf. Das ist indessen die Verschiedenheit zwischen dem Alter und der saftvoll aufstrebenden Jugend.

Nur soweit die theoretische Denkweise, welche ehemals die Wahl der Offiziere durch ihre Untergebenen forderte, ohne Schaden für die Kriegstüchtigkeit geschont werden kann, fand sie ihre Berücksichtigung in den beiden Postulaten, dass der Offizier vom Staat die gleiche Kost erhalten solle, wie die Mannschaft und dass er gleich wie diese vom Staat eingekleidet werden solle. Wenn auf diese Art dem sozialistischen Wunsch von der menschlichen Gleichheit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen Genüge geschehen kann, so liegt kein Grund vor, ihm nicht zu entsprechen, denn schon am ersten Tag der praktischen Durchführung dieses theoretischen Gedankens wird ohne weiteres die Macht der realen Verhältnisse ihn auf das beschränken, was an ihm vernünftig und durchführbar ist, und wird ihn davor beschützen, zu lächerlichen Absurditäten zu führen — darüber braucht man sich nicht zu sorgen. — Ich habe die menschliche Gleichheit zwischen mir und meinen Soldaten immer in ganz andern Dingen als in Hosen und Suppentellern, als in dem Untergebenen eine Scheinbefriedigung anbietenden Äusserlichkeiten gesucht und erfolgreich gefunden und ich habe immer die Erfahrung gemacht, dass solche Vorgesetzte, die in dergleichen Äusserlichkeiten gross waren, nicht immer Verständnis und Neigung zu der innern menschlichen Gleichheit besaßen. — Ich habe es hierin immer so gehalten, wie die Führer der Sozialisten, wie alle Sozialisten überhaupt, die gar nicht für möglich erachten, dass die Genossen ihre sozialistische Gesinnung, ihre aufopfernde Arbeit für das Wohl der Partei deswegen anzweifeln, weil sie selbst dank ihrer besser bezahlten und mehrwertigen Arbeit sich bessere Kleider nach ihrem eigenen Gefallen anschaffen, goldene Uhrkette und Fingerringe tragen und sich die bessere Kost gönnen, die ihre Mittel ihnen gestattet. Ich habe schon oben gesagt, dass die Postulate, der Offizier solle gleich dem Soldaten vom Staate genährt und gekleidet werden, sofort in der Ausführung ihre Korrektur erleiden werden; jetzt sei noch beigelegt, dass diese Korrektur darin bestehen wird, dass das Offiziersein noch teurer werden wird, während das Vernünftige, was ihnen mit zugrunde liegt, gerade das Gegenteil herbeiführen will. Es ist durchaus notwendig, dass die Offiziersstellung in der Miliz mit der Entschädigung erfüllt werden kann, welches der Offizier dafür erhält. Es ist notwendig, dass ein jeder an seinem Orte dahin arbeitet, dass dies der Fall sei, denn sonst entgehen dem Offizierskorps viele tüchtige Elemente, die es dringend notwendig hat. Soweit die Postulate hier-

auf hinzielen, wollen sie etwas durchaus richtiges. Aber so etwas erreicht man niemals durch derartige Gewaltmittel, sondern alleine nur durch die pflichtgemässe Beeinflussung durch die höhern Vorgesetzten und durch den Ernst des Dienstbetriebs. Es ist durchaus richtig, es hat eine Zeit gegeben, wo es am Platz gewesen wäre in dieser Beziehung die Behörden zum Aufsehen zu mahnen, aber diese Zeit liegt so ziemlich vollständig hinter uns und in dieser Zeit war der Militärdienst nicht bloss für die Offiziere, sondern auch für alle Mannschaft Anlass zum „Schlemmen“. Es war die Zeit, als man die Tage, welche man im Militärdienst zubringen musste, ungefähr gleich taxierte wie eine Bade- reise und manche Familie eines Arbeiters darben musste, weil der in den Dienst gerufene Ernährer das nötige Geld mitnehmen musste für die zahlreichen Schoppen, die damals als zum Militärdienst gehörend angesehen wurden. Diese Zeiten liegen hinter uns, wobei indessen gar nicht behauptet werden soll, dass nicht an dem einen oder andern Orte sporadisch noch solche Gewohnheiten zutage treten. Aber es ist nicht mehr als wie überall vorkommt und wie jeder höhere Vorgesetzte eindämmen kann. Gleich ist es auch bezüglich der Uniform-Gigerl, von denen ich allerdings wünschen möchte, dass sie gänzlich verschwinden. Denn diese in ihrer harmlosen Freude an ihrem auffallenden Äussern, die überall und zu allen Zeiten den Witzblättern unversiegbaren Stoff liefern, wirken bei uns auf den Bourgeois nicht weniger als auf den Genossen, wie auf den Stier das rote Tuch. Sie bilden vielmehr den Anlass, über ungenügende Disziplin in der Armee zu schimpfen und das Militärwesen unpopulär zu machen, als wenn ein Offizier schmutzig und verwahrlost daherkommt, oder wenn ein Soldat betrunken durch die Gasse taumelt oder wenn sonst wie das gänzliche Fehlen soldatischer Auffassung der Stellung zutage tritt. — Nur aus diesem Grund möchten wir die Uniform-Gigerl aus der Armee verschwinden sehen, wissen dabei aber, dass dies nie ganz zu erreichen sein wird, ebensowenig wie unter den Sozialisten jemals jene Genossen verschwinden werden, die innerlich ganz brave, einfache, der Partei wie der Menschheit ganz nützliche Glieder sind, es aber nicht lassen können, durch allerlei Äusserlichkeiten und durch ihr Auftreten harmlose Eitelkeit auf ihre Gesinnung zur Schau zu tragen. Kein verständiger Mensch ärgert sich über die harmlosen Schwächen seines Mitmenschen, die dieser auffällig zur Schau trägt; tut einer das aber, so ist dies nur der Vorwand, in Wirklichkeit ist das Wesen oder der Stand, den der Geck aufdringlich und übertrieben vorstellt, dasjenige, was einem unsympathisch ist.

Zusammenfassend sei gesagt, das Gute, was die beiden Postulate bezwecken — Erleichterung für Unvermögende, Offizier zu werden und Offizier zu sein — lässt sich auf jede andere Art besser und sicherer erreichen, ihren andern Zweck — im Offizierskorps das unmöglich zu machen, was an ihm dem Auge des friedlichen Bürgers dann und wann missfällt — können sie nicht erreichen, ebensowenig wie ähnliche Erscheinungen aus der Partei der Sozialisten und aus allen andern Klassen der Gesellschaft und der Berufe entfernt werden können. — So reihe ich denn diese Postulate unter jene ein (sie kommen auch bei andern Parteien vor), die voll tönen aber hohl sind, über deren Bedeutungslosigkeit beim überlegenden Menschen kein Zweifel besteht, denen er aber keine Opposition macht, wenn theoretische Prinzipienreiter in ihrer Annahme einen grossen Sieg ihrer Prinzipien erblicken. Es ist solchen Prinzipienreitern eigen, dass sie sich dann weiter nicht darum kümmern, wenn ihr Kind aus Mangel eigener Lebenskraft sofort nach der Geburt dahinsiecht; der Triumph, das Kind fester Prinzipien in die Welt gesetzt zu haben, leidet nicht darunter.

Der unbefangene Leser wird aus diesen Darlegungen erkennen, dass diese Nebenpostulate keinen Eintrag tun den hochbedeutsamen Beschlüssen des Oltener Tages der Sozialisten, welche die Notwendigkeit eines tüchtigen Heerwesens zum Schutz des Vaterlandes anerkennen, welche beweisen, dass sie das dafür Geeignete wollen. Es dürfte als sicher angenommen werden, dass sie nach dieser Dokumentierung ihres Willens auch Solchem zustimmen werden, das ihren Parteiprinzipien nicht ganz konsequent ist, sofern man eben ihnen die Überzeugung beibringen kann, dass ohne Solches das von ihnen gewollte tüchtige Heerwesen nicht möglich ist, dass man sonst mehr oder weniger das Scheinwesen bekommt, das sie absolut nicht haben wollen.

U. W.

Der heutige Stand der türkischen Armee Makedonien gegenüber.

(Schluss.)

Der türkische Soldat zeigt beträchtliche Verschiedenheiten. Sein bester Typus sind zweifellos die reinen Türken aus Kleinasien. Der europäische Türke ist eine Art Mischling und daher etwas entartet, er ist noch fanatischer und fügt sich der Disziplin weniger als der echte. Die Albanesen bilden ein Seitenstück zu den indischen Afridis mit derselben Heftigkeit und Erregbarkeit, und derselben Abneigung gegen jeden Zwang, ihre türkischen Offiziere haben sehr wenig Einfluss auf sie. Im ganzen jedoch ist